



Auswärtiges Amt



Konferenz
zur **Zukunft**
Europas



Nationales Bürgerforum zur Zukunft Europas – Abschlussbericht

Februar 2022

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary.....	3
Einleitung.....	4
Diskussion und Maßnahmenvorschläge im Überblick	7
Themenforum 1: „Die Rolle der EU in der Welt“	7
Themenforum 2: „Eine Stärkere Wirtschaft“	9
Themenforum 3: „Klima und Umwelt“	11
Themenforum 4: „Soziale Gerechtigkeit“	13
Themenforum 5: „Rechtsstaatlichkeit und Werte“	16
Der Beteiligungsprozess.....	18
Vorbereitung und Auswahl der Teilnehmenden.....	18
Ablauf und Umsetzung der Deliberation.....	19
Anbindung an den Europäischen Prozess	22
Anhang	24

*In enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt erstellt von
Huy Tran-Karcher (Projektmanager) und Tristan Fuhrmann (Projektleiter)
unter Mitarbeit von Tobias Remschel und Susanne Helm
ifok GmbH*

Executive Summary

Im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas (CoFoE) fand im Januar 2022 in Deutschland ein Nationales Bürgerforum statt, organisiert vom Auswärtigen Amt in enger Kooperation mit ifok. Ungefähr 100 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger formulierten am 05. und 08. Januar in digitalen Diskussionsrunden ihre Zukunftsvisionen für Europa und die aus ihrer Sicht wichtigsten Themen in fünf verschiedenen sogenannten Themenforen. Am 15. und 16. Januar 2022 fand die Abschlusskonferenz des deutschen Nationalen Bürgerforums zur Zukunft Europas statt. Hierbei entwickelten die Teilnehmenden gemeinsam jeweils zwei konkrete Maßnahmvorschläge für die Themenfelder „Die Rolle der EU und der Welt“, „Eine stärkere Wirtschaft“, „Klima und Umwelt“, „Soziale Gerechtigkeit“ sowie „Rechtsstaatlichkeit und Werte“. Die Maßnahmvorschläge wurden im Abschlussplenum vorgestellt und den Teilnehmenden zur Abstimmung vorgelegt. Alle zehn Vorschläge erreichten das für die Annahme notwendige Quorum von 70%. Die Vorschläge wurden anschließend der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock virtuell „übergeben“. Sie wurden von ihr, den in der Plenarversammlung der Zukunftskonferenz versammelten Vertreterinnen und Vertretern von Bundesregierung, Bundestag und Ländern, der Vertreterin der deutschen Bürgerdialoge sowie weiteren hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung kommentiert.

Diese Maßnahmvorschläge werden bei den Tagungen der Plenarversammlung der Zukunftskonferenz im Januar und März 2022 in Straßburg von der Vertreterin der deutschen Bürgerdialoge, Frau Stephanie Hartung, präsentiert. Außerdem werden sie auf der digitalen Plattform der Zukunftskonferenz zugänglich sein. Sie fließen damit ein in den europaweiten Prozess, dessen Ergebnisse am 9. Mai 2022 vorgelegt werden sollen. Anschließend werden die EU-Institutionen prüfen, welche Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger auf welche Weise umgesetzt werden können.

Einleitung

In einem breit angelegten öffentlichen Dialogprozess diskutieren Bürgerinnen und Bürger aus allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas (CoFoE) mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten sowie der Zivilgesellschaft über die Weiterentwicklung der Europäischen Union. Seit Mai 2021 beraten die Teilnehmenden der Konferenz mittels einer digitalen Plattform, dezentralen Veranstaltungen, in Nationalen und Transnationalen Bürgerforen sowie in Plenarversammlungen über Herausforderungen, Prioritäten und Ideen für die Zukunft der EU. Ziel der Konferenz ist es, Schlussfolgerungen mit konkreten Handlungsempfehlungen für die zukünftige Gestaltung der Europäischen Union zu erarbeiten, die den Entscheidungsträgerinnen und -trägern der EU-Institutionen vorgelegt und im Hinblick auf eine mögliche Umsetzung diskutiert werden.

Die Gemeinsame Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas sieht vor, dass jeder Mitgliedstaat weitere Beiträge zur Konferenz leisten kann, „beispielsweise durch Nationale Bürgerforen oder thematische Veranstaltungen“. Im Auftrag des Auswärtigen Amts und in enger Kooperation mit diesem hat ifok das Nationale Bürgerforum zur Zukunft Europas für die Bundesregierung umgesetzt. Im Januar 2022 haben sich ca. 100 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger über ihre Visionen zur weiteren Entwicklung der EU ausgetauscht, konkrete Themenvorschläge diskutiert und priorisiert, die damit verbundenen Herausforderungen identifiziert, entsprechende Lösungsansätze entwickelt und schließlich konkrete Maßnahmenvorschläge mit der dazugehörigen Begründung formuliert. Diese wurden in der Abschlusskonferenz¹ am 16. Januar Bundesaußenministerin Annalena Baerbock präsentiert. Die Maßnahmenvorschläge wurden von ihr, den in der Plenarversammlung der Zukunftskonferenz versammelten Vertreterinnen und Vertretern von Bundesregierung, Bundestag und Ländern, der Vertreterin der deutschen Bürgerdialoge sowie weiteren hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung kommentiert.

¹ Die Aufzeichnung der Live-Übertragung der Abschlusskonferenz vom 16. Jan. 2022 finden Sie hier: <https://bit.ly/3ABc9SQ>

Auf europäischer Ebene setzt die Konferenz zur Zukunft Europas auf ein breites Themenspektrum. Die insgesamt neun Themen der Zukunftskonferenz wurden für die Europäischen Bürgerforen zunächst geclustert und auf folgende vier Foren aufgeteilt:

- Forum 1 – Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Beschäftigung/Bildung, Kultur, Jugend und Sport/digitaler Wandel
- Forum 2 – Demokratie in Europa/Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit
- Forum 3 – Klimawandel, Umwelt/Gesundheit
- Forum 4 – EU in der Welt/Migration

Für das Nationale Bürgerforum wurde eine Spiegelung entlang dieser Aufteilung vorgenommen. Dabei wurde gleichzeitig auf folgende Themenfelder fokussiert:

- „Die Rolle der EU und der Welt“
- „Eine stärkere Wirtschaft“
- „Klima und Umwelt“
- „Rechtsstaatlichkeit und Werte“
- „Soziale Gerechtigkeit“ als fünftes Themenfeld haben die Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld per Online-Abstimmung aus den übrigen Themenfeldern der Europäischen Bürgerforen frei ausgewählt.

Bei der vorfestgelegten Themenauswahl wurde zudem berücksichtigt, welche Themen auf der digitalen Plattform der Zukunftskonferenz in Deutschland die größte Aufmerksamkeit erfuhren bzw. zu welchen Themen die meisten Vorschläge und Kommentare aus Deutschland eingebracht wurden. Die Schwerpunktsetzung hatte angesichts der Themenbreite das Ziel, konzentriertere Diskussionen zu ermöglichen. Gleichzeitig sollten die Teilnehmenden durch die Wahl des fünften Themenfeldes ihre Präferenzen und Interessen zum Ausdruck bringen können. Dieses Vorgehen soll gewährleisten, dass die Maßnahmenvorschläge des Nationalen Bürgerforums anschlussfähig sind im Hinblick auf den Gesamtprozess.

Der Deliberationsprozess wurde so gestaltet, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger zu allen Themen äußern konnten und in der Lage waren, bei der abschließenden Abstimmung ein qualifiziertes Votum abzugeben. Hierfür wurden die Teilnehmenden an ausgewählten Stellen des Prozesses jeweils neu in den Kleingruppen durchmischt und in neuen Konstellationen zusammengeführt. Reflexions- und Feedbackphasen in den fünf Themenforen und im Gesamtplenum leisteten die Rückanbindung an alle Teilnehmenden, der Input von Experten und Expertinnen zu allen Themen ermöglichte ein gemeinsames Verständnis von der Breite und inhaltlichen Vielfalt der Themen sowie ihrem aktuellen Diskussionsstand auf europäischer Ebene. Dadurch konnten die Bürgerinnen und Bürger annähernd repräsentativ für die deutsche Gesellschaft (vgl. Abschnitt zur Auswahl der Teilnehmenden) über die zehn Maßnahmenvorschläge abstimmen.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Diskussionen in den Kleingruppen gegeben und die zehn Maßnahmenvorschläge im Wortlaut der Bürgerinnen und Bürger mit dem Abstimmungsergebnis aufgeführt.

Diskussion und Maßnahmenvorschläge im Überblick

Themenforum 1 – „Die Rolle der EU in der Welt“



Im ersten der fünf Themenforen beschäftigten sich die Teilnehmenden mit der Frage, welche Rolle die Europäische Union in Zukunft in der Welt einnehmen sollte. In ihren Beiträgen beschrieben die Bürgerinnen und Bürger die Vision eines demokratischen und souveränen Europa, das vielfältige und gute außenpolitische Beziehungen pflegt und dabei Wirtschaftskraft mit effektivem Klimaschutz verbindet.

Unter den Bürgerinnen und Bürgern herrschte Einigkeit, dass die Positionen der EU auf internationaler Ebene derzeit unter internen Konflikten und nationalen Alleingängen leiden. In diesem Zusammenhang wurde deshalb auch die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in Abstimmungen des Rats der Europäischen Union zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zugunsten von Mehrheitsbeschlüssen thematisiert. Etliche Wortbeiträge forderten, die EU müsse „mit einer Stimme sprechen“ und in zentralen Politikbereichen stärker kooperieren, insbesondere in der Außen-, Sicherheits-, Energie-, Klima- und Migrationspolitik.

Die Diskussionen um die konkrete Ausgestaltung der diplomatischen Beziehungen der EU ergaben ein weniger einheitliches Bild. Die Bürgerinnen und Bürger stimmten darin überein, dass Europa freundschaftliche diplomatische Beziehungen, gleichzeitig aber eine stärkere Souveränität gegenüber anderen Staaten anstreben sollte. Während einige der Teilnehmenden unter Verweis auf Menschenrechtsverletzungen und fehlende Rechtsstaatlichkeit vor allem eine größere Unabhängigkeit von China und Russland und eine Stärkung der transatlantischen Beziehungen forderten, wünschten andere sich wiederum mehr Unabhängigkeit gegenüber den USA und starke wirtschaftliche Beziehungen zu China.

Auch wenn diese im engeren Sinn außenpolitischen Themen in den Diskussionen der Kleingruppen zunächst viel Raum einnahmen, standen schließlich – ausgehend von der These, dass der internationale Einfluss der EU gerade auch auf ihrer Wirtschaftskraft beruhe – in beiden erarbeiteten Maßnahmvorschlägen die europäische Wirtschafts- und Handelspolitik im Mittelpunkt, mit starkem Bezug zur Klimapolitik. Die Gruppen skizzierten dabei denkbare Wege, europäische Außenhandelsinteressen klimafreundlicher zu gestalten sowie Anreize zur Produktion von Gütern in der EU zu setzen, gleichfalls auch mit klimarelevanten Implikationen.

Erster Vorschlag

Außenhandelsinteressen mit klimapolitischen Maßnahmen verbinden

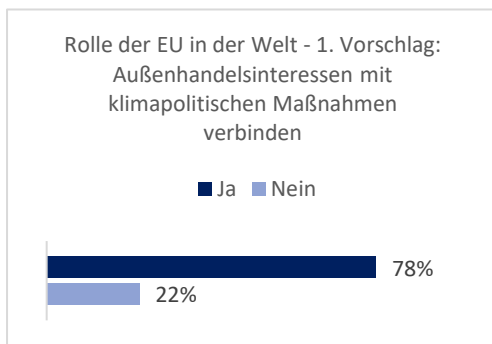


„Wir empfehlen, dass die EU (insbesondere die EU-Kommission) ein Investitionspaket zu klimafreundlichen Technologien und Innovationen mit Förderprogramm initiiert. Die Finanzierung erfolgt durch Klimaeinfuhrzölle, die zweckgebunden und als monetärer Gegenwert des Klimaschadens gegenfinanziert und weitergereicht werden. In diesem Kontext soll ein Nachhaltigkeitspunktesystem für bestimmte Produkte eingeführt werden. Ein klarer Standpunkt der EU sowie ein starkes und innovatives Europa werden helfen, weltweite Klimaziele zu erreichen. Dies trägt zu der Festigung einer verantwortungsvollen, globalen Vorreiter- und Vorbildfunktion der EU bei, die den Wohlstand sichert und nachhaltige, globale Veränderungen bewirken kann. Diese Ziele sind uns wichtig, weil die EU einen nachhaltigen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel leistet, der langfristig einen zentralen Beitrag zur Konsolidierung des Weltfriedens leisten kann.“

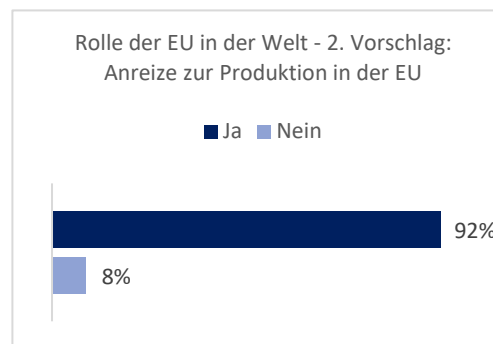
Zweiter Vorschlag
Anreize zur Produktion in der EU schaffen, insbesondere von Grundversorgungsgütern



„Wir empfehlen für Unternehmen, die ihren Produktionsstandort in die EU verlegen und/oder aufbauen, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und zu vereinheitlichen, Bürokratieaufwände zu senken und Subventionen anzubieten, um die Produktion von Grundversorgungsgütern zu ermöglichen. Die EU sollte massiv erneuerbare Energien fördern, damit die Energiekosten reduziert werden. Wir wollen damit erreichen, dass Lieferketten verkürzt werden und diese klimafreundlicher werden, dass die EU gestärkt wird und dass Arbeitsplätze geschaffen werden, bei denen die Menschenrechte berücksichtigt werden. Diese Ziele sind uns wichtig, weil durch die Verlagerung der Produktion in die EU die EU international unabhängiger und politisch weniger angreifbar wird.“



Abstimmung im Abschlussplenium



Abstimmung im Abschlussplenium

Themenforum 2 – „Eine Stärkere Wirtschaft“



Im zweiten Themenforum diskutierten die Bürgerinnen und Bürger, wie die europäische Wirtschaft gestärkt werden kann. Dabei zeichneten sie das Bild einer sozial gerechteren EU mit einheitlichen Steuer- und Arbeitsschutzgesetzen, in der noch mehr Staaten den Euro als Zahlungsmittel einführen, die eine starke digitale Infrastruktur besitzt und klimafreundliche Waren und technologische Innovationen produziert. Diskutiert wurden auch die Implikationen, die auf dem Arbeitsmarkt mit zunehmender Digitalisierung einhergehen. Die Bürgerinnen und Bürger betonten zudem die Notwendigkeit von Datenschutz und Cybersicherheit in der EU.

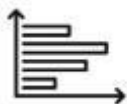
In den Kleingruppen herrschte Einigkeit darüber, dass innerhalb der EU eine Vereinheitlichung von Standards und Gesetzen im Bereich der Arbeits-, Ausbildungs- und Produktionsbedingungen sowie der Steuersysteme geboten sei. So wünschten sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger einen höheren und europaweit einheitlichen Mindestlohn und gemeinsame Klimaschutzstandards und Steuersätze für Unternehmen.

Weiterhin forderten die Teilnehmenden, wirtschaftliche Investitionen und Subventionen in der EU stärker an Kriterien der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes auszurichten. Auf diese Weise sollten vermehrt klimafreundliche und ressourcenschonende Innovationen und Technologien entstehen. Die Bürgerinnen und Bürger betonten ihren Wunsch nach Ausbau grenzüberschreitender Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten sowie Studiengängen, in deren Rahmen auch Best-Practice-Beispiele ausgetauscht werden könnten. Dass damit auch zu einem weiteren Zusammenwachsen der Menschen in der EU beigetragen würde, war den Teilnehmenden sehr wichtig.

In zahlreichen Beiträgen wurde wie auch im Themenforum „Die Rolle der EU in der Welt“ der Wunsch nach einer stärkeren Unabhängigkeit gegenüber anderen Staaten eingebracht, insbesondere in Bezug auf Warenimporte. Hierfür erachteten die Teilnehmenden einen Ausbau der Produktionskapazitäten für Waren aller Art in Europa als zentral. Diskutiert wurde auch, wie weitere Anreize zur Förderung von Innovationen in der EU gesetzt werden könnten.

Ein weiterer zentraler Punkt in den Diskussionen der Kleingruppen war die Digitalisierung. Hierbei wurden insbesondere der rasche Glasfaserausbau und ein gleicher Zugang zu schnellem Internet in allen Mitgliedsstaaten gefordert. Im Laufe der Abschlusskonferenz kristallisierte sich die Digitalisierung in einer Kleingruppe als das zentrale Thema heraus. Die Teilnehmenden schlugen ein Ranking des Grades der Digitalisierung von Unternehmen in der EU vor. Mit Digitalisierung ebenfalls verbunden, aber mit einem Fokus auf dem Austausch von Wissen und Erfahrungen, schlug die andere Kleingruppe vor, eine EU-weite digitale Informationsplattform im Bereich Aus- und Fortbildung einzurichten.

Erster Vorschlag
Digi-Score – Punkte für eine starke EU-weite digitale
Gesamtwirtschaft



„Wir empfehlen, dass die EU und hier DG Connect ein öffentlich einsehbares Punkte-System, den Digi-Score, einführt. Dies ist ein detailliertes Bewertungssystem, das den aktuellen Grad der Digitalisierung von Unternehmen anzeigt und vergleichbar macht.

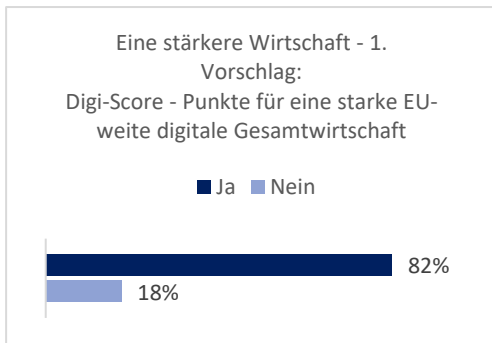
Wir wollen damit erreichen, dass durch die Veröffentlichung Anreize für mehr Digitalisierung geschaffen werden. Unternehmen mit einem niedrigeren Digi-Score sollen gezielt Förderungen zur Verfügung gestellt werden, um aufzuschließen.

Dieses Ziel ist uns wichtig, weil damit Voraussetzungen für Produktivitäts-, Effizienz- & Umsatzsteigerung geschaffen werden und damit die Stärkung des Produktionsstandorts Europa.“

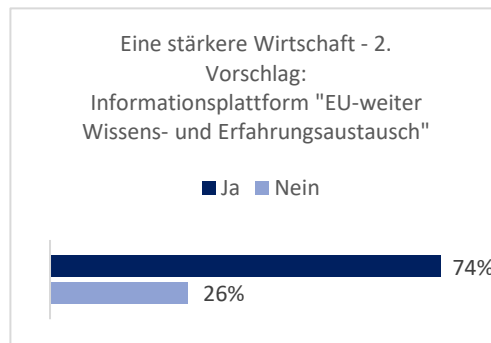
Zweiter Vorschlag
Informationsplattform „EU-weiter Wissens- und Erfahrungsaustausch“



„Wir empfehlen, dass die EU eine (Informations-)Plattform für einen (EU-)weiten Wissens- und Erfahrungsaustausch bereitstellt. Wir wollen damit erreichen, dass Bürgerinnen und Bürger gebündelt Informationen zu länderübergreifenden Aus- und Weiterbildungsangeboten in der EU erhalten, Best-Practice-Beispiele vorgestellt werden und, dass Bürgerinnen und Bürger neue Ideen für länderübergreifenden Austausch einbringen können. Zudem sollen zu zentralen Themen (z. B. Energie, Umwelt, Digitalisierung) Hinweise zu bestehenden Fachforen bereitgestellt werden. Diese Ziele sind uns wichtig, weil Bürgerinnen und Bürgern Transparenz über vorliegende länderübergreifende Aus- und Weiterbildungsangebote brauchen und bei fachlichen Themen eine bessere Orientierung über vorliegende Foren/Plattformen auf EU-Ebene erhalten sollen.“



Abstimmung im Abschlussplenum



Abstimmung im Abschlussplenum

Themenforum 3: „Klima und Umwelt“



Dass die Klimapolitik als Querschnittsthema aus unterschiedlichsten Politikbereichen nicht mehr wegzudenken ist, zeigte sich nicht nur in dem Verweis anderer Themenforen auf Klimaaspekte, sondern auch in der Vielfalt der im dritten Themenforum „Klima und Umwelt“ diskutierten Themen. Eingangs beschrieben die Teilnehmenden dabei die Vision eines Europas, das sich selbst vollständig mit erneuerbaren Energien versorgt, klimaneutrale Mobilität ermöglicht, Ressourcen spart und diese im Sinne einer Kreislaufwirtschaft möglichst vollständig wiederverwendet sowie Artenvielfalt und Ökosysteme schützt. Gleichwohl beide Kleingruppen diese Ziele nahezu wortgleich definierten, beschrieben die Bürgerinnen und Bürger im Detail doch unterschiedliche Wege, um diese zu erreichen.

In Bezug auf die Energieversorgung forderten alle Teilnehmenden einen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien und den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger. Uneinigkeit bestand jedoch darüber, wann Letztere realistischerweise zu erreichen sei, ob die Atomkraft bei der Energieversorgung weiterhin eine Rolle spielen sollte und welche Technologien für eine rasche Energiewende priorisiert werden müssten. Ferner war auch umstritten, wie hoch CO₂-Reduktionsziele gesteckt werden und welche Rolle der CO₂-Emissionshandel bei ihrer Umsetzung spielen sollte. Hierbei wurden unter den Teilnehmenden auch Bedenken hinsichtlich der sozialen Verträglichkeit von Klimaschutz und Energiewende deutlich.

Im Verkehrssektor wünschten sich die Bürgerinnen und Bürger einen besseren öffentlichen Nah- und Fernverkehr sowie die Umstellung auf E-Mobilität im Individualverkehr. Sowohl für die Energie- als auch für die Verkehrswende schätzten die Teilnehmenden die Entwicklung moderner Energiespeicher-Technologien als zentral ein.

In beiden Kleingruppen wurde in mehreren Beiträgen der Wunsch nach einer Kreislaufwirtschaft geäußert, die sparsamer mit Ressourcen umgeht. Ferner wurden auch das Ende der Massentierhaltung und der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft gefordert.

Schließlich diskutierten beide Kleingruppen auch die Frage, wie das individuelle Bewusstsein für die Dringlichkeit von Klimaschutz und ein nachhaltiges Konsumverhalten gestärkt werden könnten. Eine mögliche Antwort liefert einer der Maßnahmenvorschläge zu einer öffentlichen Kampagne, den die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Abschlusskonferenz entwickelt haben. Der zweite Vorschlag widmet sich dem Problem der geplanten Obsoleszenz von Produkten.

Erster Vorschlag

Regelung zu einer garantierten Lebensdauer von Produkten



„Wir empfehlen, dass die EU eine gesetzliche Regelung zur Gewährleistung einer produktspezifischen, maximal verlängerten, garantierten Lebensdauer für in der EU produzierte und verkaufte Produkte einführt und diese für Verbraucher transparent macht.

Ressourcen sind endlich und können so eingespart und Abfall vermieden werden, was Umwelt und Klima wie auch dem Verbraucher zugutekommt.

Damit wollen wir erreichen, dass Hersteller Produkte auf den Markt bringen, die langlebiger und reparierbar sind.“

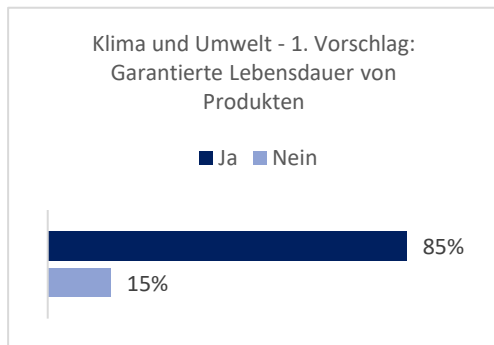
Zweiter Vorschlag

Langfristige EU-Kampagne für nachhaltigen Konsum und Lebensstil

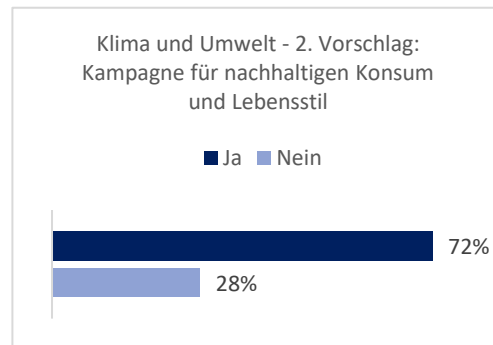


„Wir empfehlen, dass ein europäisches Gremium mit Zweigstellen in den EU-Ländern und mit eigenen Mitteln ausgestattet wird und die Kampagne führt.

Wir wollen damit erreichen, dass alle Menschen in der EU eine gemeinsame Identität und ein Bewusstsein für ihren nachhaltigen Konsum und Lebensstil bekommen und diesen auch umsetzen. Diese Ziele sind uns wichtig, weil wir eine intrinsische Motivation für nachhaltiges Leben erreichen wollen.“



Abstimmung im Abschlussplenum



Abstimmung im Abschlussplenum

Themenforum 4: „Soziale Gerechtigkeit“



In diesem Themenforum äußerten die Bürgerinnen und Bürger den Eindruck einer zunehmenden sozio-ökonomischen Ungleichheit in Europa. Dabei wurde in den Diskussionen nicht nur für den Bereich Löhne, Sozialleistungen oder Altersarmut Handlungsbedarf konstatiert, sondern auch in Bezug auf das Gesundheitssystem, den Mangel an bezahlbarem Wohnraum, die Bildungspolitik, die Gleichstellung der Geschlechter und die Frage nach einheitlichen Lebensbedingungen in Europa.

Beide Kleingruppen definierten gerechte Löhne als das zentrale Thema im Bereich der sozialen Gerechtigkeit. Die Bürgerinnen und Bürger forderten eine bessere Bezahlung für schwere körperliche Arbeit und systemrelevante Berufe sowie – wie schon das Themenforum „Eine stärkere Wirtschaft“ – einen EU-weiten Mindestlohn nach einheitlichen Standards. Darüber hinaus wurde auch der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Altersarmut ein hoher Stellenwert eingeräumt.

Die Bildungspolitik wurde von den Teilnehmenden intensiv diskutiert. So hielten beide Kleingruppen fest, dass die Bildungschancen nicht vom sozialen und ökonomischen Hintergrund der Familie abhängig sein dürften und dass Zugangsbarrieren wie die Frage nach der Finanzierung eines Studiums abgebaut werden sollten. Ferner wurden Austauschprogramme für Schülerinnen und Schüler und Studierende als wichtiger Bestandteil einer gesamteuropäischen Bildungspolitik definiert.

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt war die Realisierung einer fairen Gesundheitsversorgung. Mit Blick auf Deutschland äußerten einige Bürgerinnen und Bürger die Forderung nach Abschaffung privater Krankenkassen, die in ihren Augen eine „Zweiklassenmedizin“ begründen.

Weiterhin wünschten sich die Teilnehmenden auch Verbesserungen bei der Gleichstellung der Geschlechter. Hierbei wurden insbesondere hohe Betreuungskosten für Kindergartenplätze, die mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die ungleiche Entlohnung von Männern und Frauen problematisiert. Ferner forderten die Bürgerinnen und Bürger mehr Anerkennung für soziale Berufe und Arbeit in der Kinderbetreuung oder Altenpflege.

Schließlich mahnten die Bürgerinnen und Bürger Verbesserungen in der Inklusion, eine größere Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten und die Bekämpfung der Obdach- und Wohnungslosigkeit an.

Im Ergebnis schlugen die Teilnehmenden einerseits die Einführung eines berufsgruppenspezifischen Grundlohns und andererseits die Umsetzung eines niedrigschwelligen Austauschprogramms für alle Schülerinnen und Schüler in der EU vor.

Erster Vorschlag

Ausbau des Austausches für Schülerinnen und Schülern in Europa



„Wir empfehlen, dass die Europäische Union zusätzlich zum bereits bestehenden ERASMUS-Programm eine Verordnung zu einem Austauschprogramm für Schülerinnen und Schülern im Alter von 14 bis 25 Jahren unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Bildungsgrad verabschiedet. Der Austausch muss über die Schulen vor Ort systematisch etabliert sein und kommuniziert werden. Der Zugang zum Austausch muss für alle während des Schullebens jederzeit zur Verfügung stehen. Dazu soll die Europäische Kommission einen Vorschlag an das Europäische Parlament und den Europäischen Rat unterbreiten.“

Wir wollen damit erreichen, dass unabhängig von Schulleistung und der Finanzierung durch die Eltern Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, sich in ganz Europa auszutauschen. Es soll sich schon im Schulalter eine Kultur des Austausches in Europa etablieren. Wichtig ist uns vor allem, dass der Austausch niedrigschwellig und entbürokratisiert stattfindet. Wir wollen eine innereuropäische Verbundenheit durch das Austauschprogramm etablieren und sprachliche Barrieren abbauen. Dies soll erfolgen im Sinne der Bildungsgerechtigkeit und der Bildungsteilhabe zum Ausbau interkultureller und kommunikativer Kompetenzen. Diese Ziele sind uns wichtig, weil dadurch das Zusammenwachsen Europas gefördert, der Respekt und das Miteinander gestärkt und die Werte Europas schon in jungem Alter vermittelt werden, um die Vielfalt Europas als Chance zu begreifen und wahrzunehmen.“

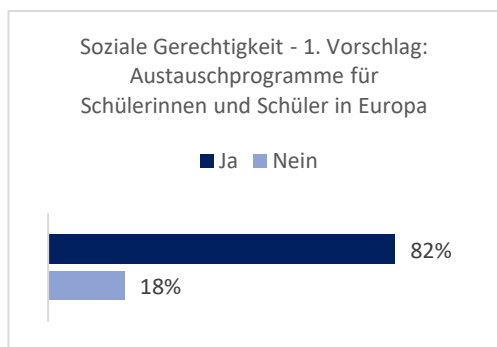
Zweiter Vorschlag
Einführung eines berufsgruppenspezifischen Grundlohns



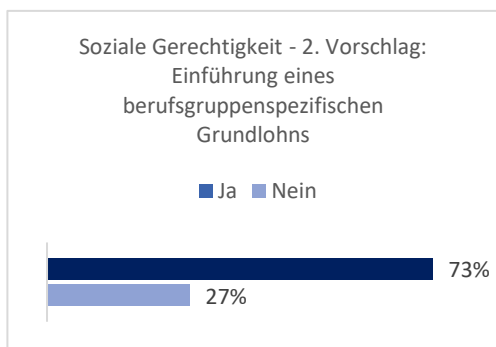
„Wir empfehlen, dass der EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte einen Vorschlag für die Einführung eines berufsgruppenabhängigen Grundlohns in allen Mitgliedsländern ins EU-Parlament einbringt. Der Grundlohn sollte sich aus einem existenzsichernden

Mindestlohn sowie einem berufsgruppenspezifischen Aufschlag zusammensetzen.

Wir wollen damit erreichen, dass Arbeitsleistung und Löhne innerhalb der EU vergleichbar werden, um die soziale Gerechtigkeit zu stärken. Dieses Ziel ist uns wichtig, damit sich der Grundgedanke der EU auch im Arbeitsmarkt widerspiegelt: Vergleichbare Lebens- und Arbeitsverhältnisse unabhängig vom Wohnort und Beruf.“



Abstimmung im Abschlussplenium



Abstimmung im Abschlussplenium

Themenforum 5: „Rechtsstaatlichkeit und Werte“



Im fünften und letzten Themenforum wurden die grundlegenden Werte der Europäischen Union sowie die Themen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit diskutiert. Die Visionen der Bürgerinnen und Bürger beschrieben dabei eine EU, die die Grund- und Menschenrechte achtet und schützt, Diskriminierung bekämpft, Vielfalt respektiert, insbesondere für vulnerable Gruppen wie Kinder und Menschen mit geringen Einkommen Chancengleichheit herstellt und Verstöße gegen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit ahndet.

Die Situation der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn war in beiden Kleingruppen ein zentraler Diskussionspunkt. Die Bürgerinnen und Bürger waren sich einig, dass demokratische Prinzipien und bürgerliche und freiheitliche Grundrechte zwingend von allen Mitgliedstaaten geachtet werden müssen. Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit sollten rasch und effektiv sanktioniert und auch außerhalb der Grenzen Europas aktiv thematisiert werden. In diesem Zusammenhang wurde auch die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat der Europäischen Union und allgemein eine größere Transparenz der politischen Prozesse in den EU-Institutionen gefordert.

Gleichzeitig stellten die Teilnehmenden aber auch fest, dass Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten der EU auch aus unterschiedlichen Traditionen und Kulturen resultieren können. Hier forderten sie ein größeres gegenseitiges Verständnis, Respekt für die existierende Vielfalt und Solidarität der Staaten miteinander. Insbesondere sollten unterschiedliche Gruppen und Kulturen stärker zusammen und in einen Austausch gebracht werden, um Integration und Durchmischung zu fördern.

Die Bürgerinnen und Bürger wünschten sich einen Abbau bestehender Diskriminierungen und die Herstellung von Chancengleichheit für benachteiligte Gruppen, zum Beispiel einkommensschwache Milieus. Hierfür wurde gute Bildung als zentraler Baustein identifiziert, insbesondere, um bei allen Menschen in der EU von Kindesbeinen an fundiertes Wissen über und ein starkes Bewusstsein für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu vermitteln.

Schließlich diskutierten beide Kleingruppen intensiv, welche Werte und Überzeugungen im Zentrum der Europäischen Union stehen und stehen sollten. So konstatierten einige Teilnehmende, dass die EU seit den 1990er Jahren eine Vielzahl an neuen Mitgliedstaaten aufgenommen, ihre grundlegenden Werte aber nicht hinterfragt oder diskutiert und bewertet habe. Deshalb kam die Forderung nach einer öffentlichen Debatte über Grundwerte in allen EU-Mitgliedstaaten und möglichst unter breiter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern auf.

Während der Abschlusskonferenz entwickelten die Teilnehmenden Maßnahmvorschläge zur konkreten Kommunikation und Vermittlung der zentralen Werte und demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien in der EU. Sie diskutierten dabei, ob nicht z. B. in Form von einem europaweiten Liederwettbewerb mit Bezug zu den EU-Werten oder zielgruppengerechter Ansprache, gerade bei Jüngeren, ein emotionaler Bezug zur EU aufgebaut werden könnte. Konkret vorgeschlagen wurde schließlich z. B. ein „Onboarding-Paket“ für alle Menschen über 18 in der EU (mit Information zu den Werten der EU, aber auch Produkten zur Identifikation mit Europa, z. B. EU-Pullovern). Kommunikation war auch der zentrale Angelpunkt beim Vorschlag, einen europäischen Fernsehsender einzurichten.

Erster Vorschlag **Europäische Werte leben und emotional kommunizieren**



„Wir empfehlen, dass die europäischen Werte stärker erlebbar sind und emotionaler kommuniziert werden. Dies erreichen wir z. B. durch ein „Onboarding“-Paket, Medien, interaktive Elemente und mehr Einbindung der Bürgerinnen und Bürger.

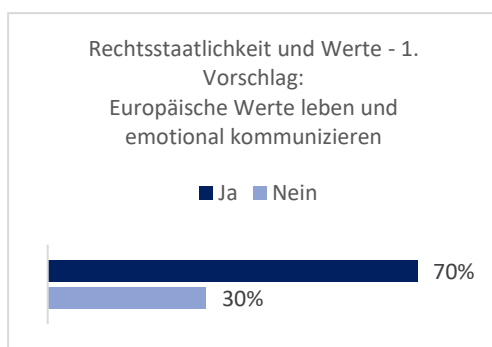
Unser Ziel ist es, dass jeder einzelne in der EU lebende Mensch um die gemeinsamen Werte weiß und sich damit identifiziert.

Dieses Ziel ist uns wichtig, weil es die Grundlage des Zusammenlebens in unserer Wertegemeinschaft bildet. Die Werte sind viel zu wenig bekannt, weil die persönliche Verbindung fehlt, und wir sollten diese herstellen.“

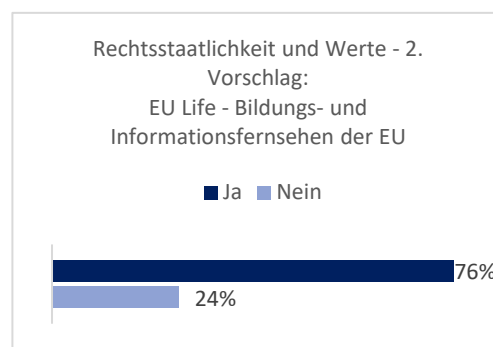
Zweiter Vorschlag „EU Life“



„Wir empfehlen, dass die EU ein eigenes Bildungs- und Informationsfernsehen einrichtet. Wir wollen damit erreichen, dass das Bewusstsein aller EU-Bürgerinnen und –Bürger für die gemeinsamen Werte gestärkt wird und es einen leichten, barrierefreien Zugang für alle gibt. Diese Ziele sind uns wichtig, weil wir uns einen Einblick über die Meinung in allen EU-Ländern wünschen, wir wollen damit Gemeinsamkeiten stärken, Annäherung fördern, um mehr Solidarität zu erreichen und die Menschen in Rechtsstaatlichkeit zu schulen, um die Demokratie zu sichern.“



Abstimmung im Abschlussplenum



Abstimmung im Abschlussplenum

Der Beteiligungsprozess

Der Gesamttablauf des Nationalen Bürgerforums zur Zukunft Europas lässt sich grob in drei Phasen einteilen:

- Die Vorbereitung des Prozesses und Zufallsauswahl der Teilnehmenden
- Ablauf und Umsetzung der Deliberation
- Einspeisung in den Gesamtprozess der Konferenz zur Zukunft Europas, insb. in die Plenarsitzungen.

Für eine grafische Übersicht des Gesamtprozesses, siehe [Anhang](#).

Vorbereitung und Auswahl der Teilnehmenden

Zur Rekrutierung von Bürgerinnen und Bürgern wurde für die Europäischen Bürgerforen die Methode der sog. stratifizierten Zufallsauswahl angewendet. Daran lehnt sich auch der Auswahlprozess des Nationalen Deutschen Bürgerforums zur Zukunft Europas an.

In der offiziellen Empfehlung des Gemeinsamen Sekretariats der Zukunftskonferenz für Nationale Bürgerforen heißt es: „Die Teilnehmer sollten einen Mikrokosmos der allgemeinen Öffentlichkeit darstellen. Dies wird durch Zufallsstichproben erreicht, die unterschiedliche geografische Herkunft, Geschlecht, Alter, sozioökonomische Hintergründe und/oder Bildungsniveau des jeweiligen Landes/der jeweiligen Region berücksichtigen“. Diese Maßgabe wurde auch bei dem Nationalen Bürgerforum in Deutschland angewendet und weitgehend erreicht. Die Zufallsauswahl folgte dem Prinzip, dass theoretisch jede Bürgerin und jeder Bürger innerhalb Deutschlands ab 18 Jahren ausgewählt werden konnte. Ziel war es, die Diversität der Lebenswelten und die Struktur der deutschen Gesellschaft möglichst genau abzubilden. Die vorher definierten Kriterien orientierten sich an den Zensusdaten der Bundesrepublik.

Eingangs wurden knapp 12.000 Briefe versendet, adressiert per Zufall an Haushalte in ganz Deutschland. Aus den fast 600 Interessierten, die sich online angemeldet haben, wurde eine Auswahl von 107 Bürgerinnen und Bürgern getroffen, die anhand demografischer, geographischer und sozioökonomischer Kriterien identifiziert wurden. Schließlich nahmen am Nationalen Bürgerforum ca. 100 Bürgerinnen und Bürger teil, die „Deutschland im Kleinen“ annähernd wiedergespiegeln. Wenige kurzfristige Teilnahmeausfälle konnten durch Nachladungen von der Warteliste kompensiert werden.



Sampling-Kriterien zur Auswahl der Teilnehmenden am Dialog zur Zukunft Europas

Größe des Bürgerforums:	Größe des Registrierungspools	Größe des Kontaktpools:
100 Bürgerinnen und Bürger + 10% Warteliste (□ 107 Ausgewählte)	596 Registrierte (Größe des Pools beeinflusst den Grad der Repräsentativität)	Knapp 12.000 Briefe (ca. 5% Rückmeldequote)

Die ifok GmbH ist Teil eines internationalen Konsortiums, das die vier Europäischen Bürgerforen der Zukunftskonferenz methodisch entwickelt und Handreichungen für die nationalen Konferenzen geschrieben hat. Aktuell ist ifok auch für die Umsetzung verantwortlich.

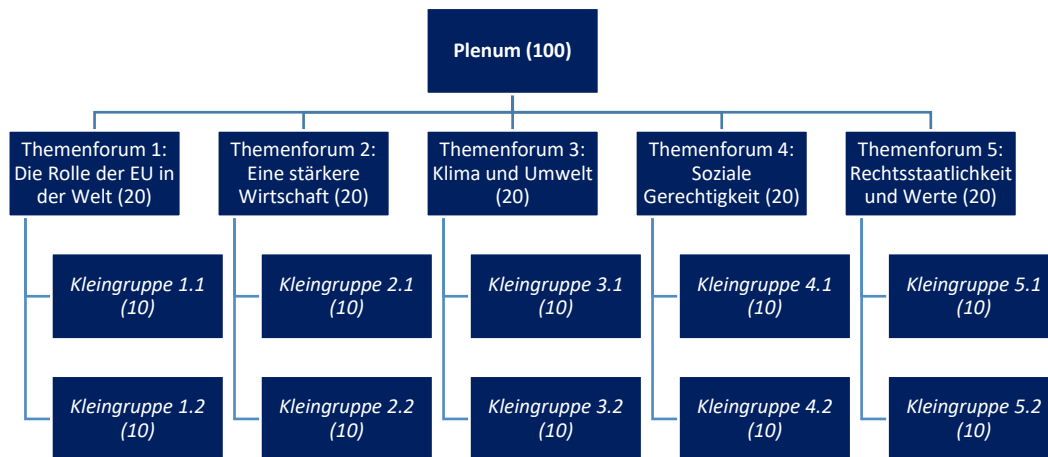
Ablauf und Umsetzung der Deliberation

Das Besondere an einem deliberativen Prozess ist, dass er nicht, wie eine Umfrage, Einzelmeinungen von Bürgerinnen und Bürgern einholt. Die Teilnehmenden entwickeln durch die Beschäftigung mit dem Thema, durch Zugang zu Fakten und durch intensive Diskussion neue, mehrheitsfähige Positionen. Im Nationalen Deutschen Bürgerforum zur Zukunft Europas konnte so das Ziel verwirklicht werden, aus den gemeinsamen Positionen Handlungsempfehlungen, Forderungen und Wünsche an die europäischen und nationalen Entscheidungsträgerinnen und -träger zu formulieren. Abgesichert wurde dies durch Aufbau und Ablauf des Forums:

Das Nationale Bürgerforum zur Zukunft Europas lief in einem zweistufigen Verfahren ab. Zunächst fand am 05. und 08. Januar 2022 für jedes der fünf Themenforen ein digitaler Auftaktworkshop im Umfang von jeweils drei Stunden statt, in dem die Teilnehmenden Inputs von Expertinnen und Experten erhielten, Fragen stellen konnten und in Kleingruppen themenspezifische Visionen erarbeiteten und Themen priorisierten.

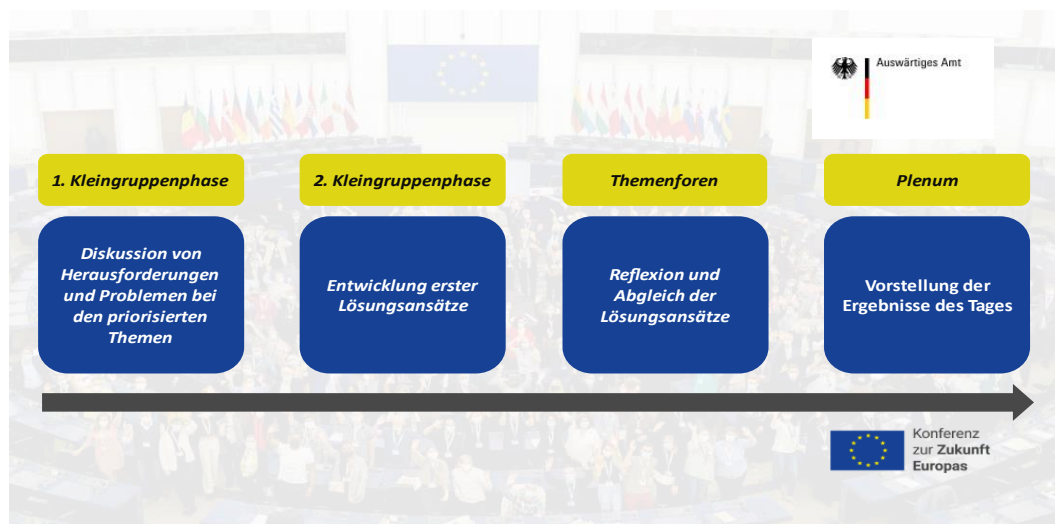
Auf Basis der Ergebnisse dieser Workshops identifizierten die Bürgerinnen und Bürger auf einer knapp zweitägigen Abschlusskonferenz am 15. und 16. Januar 2022 in Kleingruppen und unter erneuter Beteiligung von Expertinnen und Experten zuerst Herausforderungen, bevor sie dann Lösungsansätze entwickelten, abglichen und priorisierten, um schließlich konkrete Maßnahmenvorschläge in den einzelnen Themenbereichen zu formulieren. Diese stellte im Plenum je eine Bürgerin oder ein Bürger vor. Anschließend stimmten alle Teilnehmenden ab. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock nahm alle zehn Maßnahmenvorschläge entgegen. Die Maßnahmenvorschläge wurden von ihr, den in der Plenarversammlung der Zukunftskonferenz versammelten Vertreterinnen und Vertretern von Bundesregierung, Bundestag und Ländern, der Vertreterin der deutschen Bürgerdialoge sowie weiteren hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung kommentiert.

Im Laufe des Dialogs diskutierten die Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichen Konstellationen verschiedene Themenschwerpunkte. Allgemeine Inputs sowie finale Deliberation und Abstimmungen fanden im Plenum unter Beteiligung aller Teilnehmenden statt. In den fünf Themenforen befassten sich je ca. 20 Bürgerinnen und Bürger vertieft mit einem Politikfeld. Themenspezifische Inputs und Austausch fanden auf dieser Ebene statt. Alle Themenforen teilten sich nochmals in je zwei Kleingruppen mit ca. zehn Teilnehmenden auf, in denen der Hauptteil der Deliberation in kleinerer Runde stattfand. Hier wurden konkrete Ziele und Handlungsempfehlungen für einzelne Sektoren des Themenfelds erarbeitet, die dann anschließend auf den übergeordneten Ebenen debattiert und abgestimmt wurden. Dieses arbeitsteilige Vorgehen ermöglichte eine größere inhaltliche Tiefe der Diskussionen sowie mehr Gestaltungsspielraum für alle Teilnehmenden. Es stellte aber auch sicher, dass die Ergebnisse demokratisch von der Gruppe der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger legitimiert werden konnten.

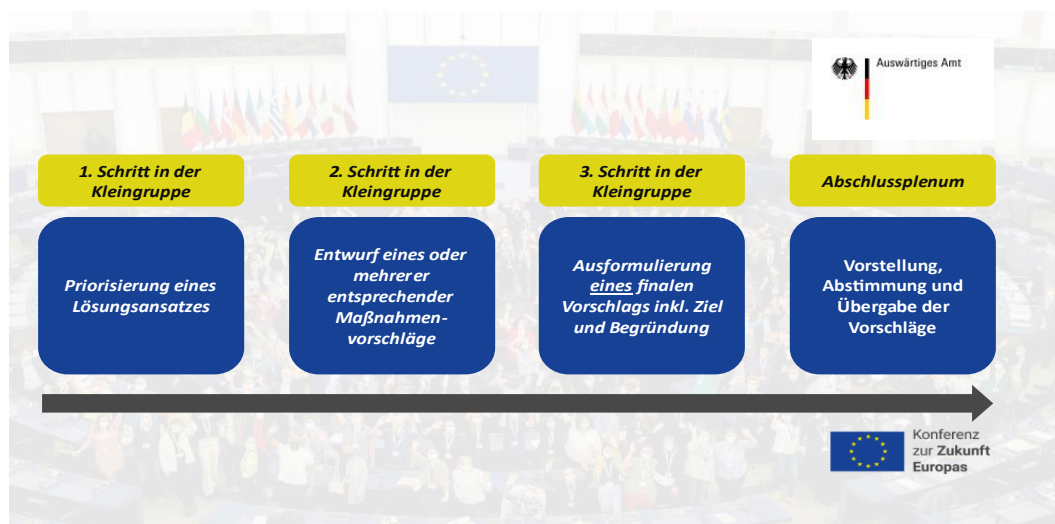


Struktur und Dialogebenen (In Klammern: Personenanzahl)

Darstellung des Deliberations-Prozesses bei der Abschlusskonferenz am Samstag, den 15.01.2022:



Darstellung des Deliberations-Prozesses bei der Abschlusskonferenz am Sonntag, den 16.01.2022:



Zur inhaltlichen Unterstützung erhielten die Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld fünf Faktenblätter, die konzise und faktisch in die jeweiligen Themenfelder einführen. In den Auftaktforen am 5. und 8. Januar sowie im Rahmen der Abschlusskonferenz am 15. Januar gaben ausgewählte Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Forschung Input zu jedem Themenfeld und standen für Rückfragen zur Verfügung. Darüber hinaus begleiteten sogenannte „Faktenchecker und Faktencheckerinnen“ aus den jeweils fachlich betroffenen Bundesministerien die Kleingruppenarbeit in den Deliberationsphasen und konnten für Sachfragen zu Rate gezogen werden. Dies diente dazu, die Bürgerinnen und Bürgern angesichts der Komplexität der Themenfelder fachlich zu unterstützen und eine sachliche und fundierte Diskussion zu ermöglichen.

Die [Leitlinien des Bundesumweltministeriums](#) zur guten Bürgerbeteiligung sowie eine Netiquette, die den Teilnehmenden vorgestellt wurde, dienten als Grundlage für den Moderationsprozess sowie den respektvollen Umgang bei virtuellen Diskussionen.

Bei virtuellen Veranstaltungen ist es besonders wichtig, die Zugangshürden für alle Teilnehmenden möglichst gering zu halten. Daher wurde sichergestellt, dass die Teilnehmenden über eine ausreichende technische Ausstattung (Laptops, Headsets, Webcam) verfügten. Zudem wurden die Bürgerinnen und Bürger in vorbereitenden Treffen im Umgang mit genutzten Online-Tools geschult. Die Zahl dieser Tools war dabei auf ein Minimum reduziert. Dies stellte sicher, dass die Teilnehmenden sich in den folgenden Treffen ganz auf die Inhalte und die Diskussionen konzentrieren konnten. „Zoom“ wurde als Videoplattform verwendet, die eine einfache und intuitiv zu handhabende Benutzeroberfläche mit allen Funktionen für eine Gruppendiskussion bietet. Als technisches Hilfsmittel zur Unterstützung der Deliberation kam in den Kleingruppendiskussionen durchgehend „Mural“ als virtuelle Pinnwand zum Einsatz. Damit konnte die Gruppenmoderation die Gespräche strukturieren, Themen zusammenführen und priorisieren sowie Ergebnisse festhalten. Darüber hinaus wurde sichergestellt, dass zu jeder Zeit Mitarbeitende telefonisch und per Chat als Ansprechpartner und für „erste Hilfe“ bei technischen Problemen und Fragen zur Verfügung stand. Klare Regeln für die Diskussion im virtuellen Raum, eine gute Moderation sowie die Betreuung der Chats und technischen Aspekte gewährleisteten einen reibungslosen Ablauf.

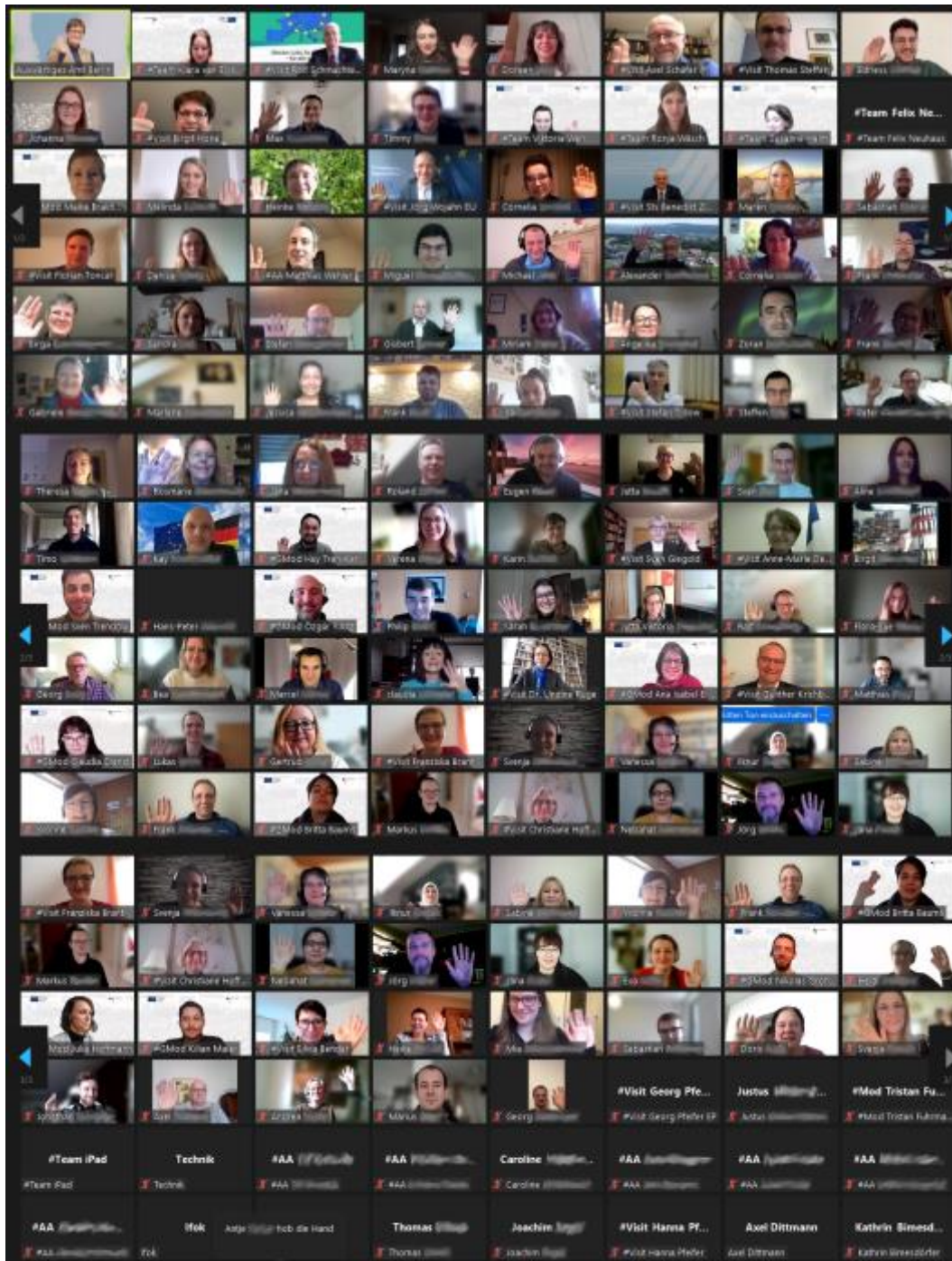
Anbindung an den Europäischen Prozess

Das Ergebnis des Nationalen Bürgerforums sind zehn Maßnahmenvorschläge, die von den Bürgerinnen und Bürgern während der Sitzungen formuliert wurden. Die Empfehlungen repräsentieren Forderungen und Wünsche zur Zukunft der Europäischen Union, die sich an politisch Verantwortliche verschiedener Ebenen richten. Sie werden auf verschiedenen Wegen in den Gesamtprozess der Konferenz eingespeist und an politische Entscheidungsträgerinnen und -träger kommuniziert.

- **Digitalplattform:** Die [mehrsprachige digitale Plattform](#) ist die zentrale Anlaufstelle der Konferenz zur Zukunft Europas im virtuellen Raum. Hier haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre Ideen mit anderen über Grenzen hinweg zu teilen, sich über sämtliche Veranstaltungen im Rahmen der Konferenz zu informieren und bei den Fortschritten der Konferenz auf dem neuesten Stand zu bleiben. Auf der Plattform werden sämtliche Beiträge zur Konferenz, einschließlich von Einzelpersonen, nationalen Veranstaltungen, Nationalen wie Europäischen Bürgerforen und Plenarversammlungen der Konferenz themenspezifisch zusammengeführt. Die Inhalte der Plattform werden regelmäßig analysiert und in Berichten veröffentlicht, die auch zur Vorbereitung von Bürgerforen und Plenarversammlung dienen.
- Auch die Empfehlungen des Nationalen Bürgerforums in Deutschland werden in die Digitalplattform eingepflegt und können dann von Bürgerinnen und Bürger aller EU-Mitgliedstaaten gelesen und diskutiert werden. So werden sie Teil der Plattform-Diskussionen und -Berichte.
- **Plenarversammlung:** In der Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas sind die Repräsentantinnen und Repräsentanten von EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und nationalen Parlamenten zusammen mit Bürgerinnen und Bürger und Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft versammelt. Die im Rahmen der Nationalen und Europäischen Bürgerforen geäußerten Empfehlungen werden hier nach Themen geordnet und ergebnisoffen erörtert. Dabei wird das Plenum von neun Arbeitsgruppen, die die Themen der Zukunftskonferenz abbilden, vorbereitet.
- Als deutsche Vertreterin für die Bürgerdialoge hat Stephanie Hartung am 21. und 22. Januar 2022 in der dritten Plenarversammlung in Straßburg im Rahmen der Vorstellung der Ergebnisse verschiedener Nationaler Bürgerforen die Empfehlungen aus Deutschland zum Thema „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ sowie zum Thema „Klimawandel und Umwelt“ präsentiert. Die Staatsministerin für Europa und Klima Anna Lührmann verwies in ihren Statements im Plenum zu diesen beiden Themen ebenfalls auf Empfehlungen aus dem Nationalen Forum.

Anhang

- Abschlussbild der Teilnehmenden



- Testimonials von Teilnehmenden

Leitfragen

- Was war meine Motivation, am Nationalen Bürgerforum teilzunehmen?
- Was mir besonders in Erinnerung geblieben ist...
- Was wünsche ich mir für zukünftige Beteiligungsprojekte der Bundesregierung?

Birga Boie-Wegener, 55, Neukloster, Mecklenburg-Vorpommern

„Wie oft sagt man am Küchentisch “Die müssten mich mal dranlassen”?!?!?! Nun bekam ich die Gelegenheit dafür (zeitlich begrenzt und überschaubar, wann wieviel zeitlicher Einsatz von mir gewünscht ist), mich mit dem Thema Europa auseinanderzusetzen. Bisher konnte ich dieses Gebilde nur wenig greifen und freute mich auf eine Auseinandersetzung und ein näheres Kennenlernen der Thematik.



Besonders bleibt mir in Erinnerung, dass Menschen aus ganz Deutschland willkürlich aufeinandertrafen (wenn leider auch nur virtuell), die bereit waren, kreativ zu werden, um das Europa der Zukunft zu gestalten. Ich hatte nicht den Eindruck, dass die vorab genannte “Netiquette” bei den Beteiligten wirklich nötig war – jeder war bereit, dem anderen zuzuhören und seine eigene Idee einzubringen, ohne verbal andere negativ anzugehen. Ich wünsche mir, dass es so eine Möglichkeit, miteinander zu reden, kreativ Ideen zu spinnen, aber auch Verantwortliche bzw. Experten zum Thema zu hören, ÖFTER gibt – und am liebsten natürlich “live”, also in Präsenzveranstaltungen.

Kleine Anmerkung am Rande: genau diese konkreten, kleinen gesponnenen Ideen kamen ja leider in der kurzen Zusammenfassung im Plenum nicht vor. Ich hoffe, dass sie dennoch irgendwo schriftlich festgehalten wurden für diejenigen, die diese Zusammenfassungen nach Brüssel tragen sollen, um zu sehen, wo machbare kleine Schritte von uns vorgeschlagen wurden.“



**Alexander Eenkhoorn, 51, Vlotho,
Nordrhein-Westfalen**

„Ich habe vorher noch nie etwas von Bürgerforen gehört, fand die Idee aber gut. Bei der Frage, warum ich teilnehmen sollte, gab es zwar einige Skepsis in meinem Bekanntenkreis, aber ich war sehr neugierig und fand spannend zu erfahren, was dort passiert. Auch ein Besuch im Auswärtigen Amt wäre eine außergewöhnliche Erfahrung

gewesen.

Die Zusammensetzung in meiner Kleingruppe zur Sozialen Gerechtigkeit war sehr stark, wir haben eine Empfehlung für das Erasmus-Programm für Schülerinnen und Schüler erarbeitet. Es gab eine tolle Eigendynamik und die Gruppe war für mich extrem bereichernd. Bei mir hat insbesondere die Abschlusskonferenz am 15. und 16. Januar einen Eindruck hinterlassen und wird noch lange nachhallen. Die Ergebnisse in allen Gruppen waren beeindruckend und ich konnte allem zustimmen. Bei mir ist die Hoffnung groß, dass die Politik die Themen aufnimmt, denn hier haben verschiedenste Menschen an Thema gearbeitet und dabei tolle Ergebnisse produziert. Auch habe ich die Hoffnung, dass Menschen einen anderen Bezug zu Politik finden – bei mir selbst ist dies bereits geschehen. Mir wird in Erinnerung bleiben, dass die ganze Veranstaltung sehr bedeutungsvoll war. Auch möchte ich ein großes Dankeschön an die Moderatoren aussprechen. Durch Moderation wurde das Ergebnis maßgeblich mit begleitet und es herrschte ein zivilisierter Umgang miteinander.

Die Zukunft der EU ist bereits ein tolles Thema, die Tage waren für mich bereichernd. Ich wünsche mir daher gar keine Änderungen, sondern mehr davon. Mit meinem zugelosten Thema habe ich mich anfangs sehr schwer getan, aber konnte mich schnell reindenken. Es wäre wünschenswert, wenn es eine zweite Veranstaltung geben könnte, um die Themen weiter zu vertiefen und wirklich ins Gespräch zu kommen. Das Loslassen fühlt sich gerade ein wenig schwer an. Es wäre auch schön, wenn wir weiter informiert werden, wie es denn überhaupt weiter geht.“

Max Heizmann, 36, Fellbach, Baden-Württemberg „Ich wollte an dem Forum teilnehmen, weil ich gehört werden und meine Meinung aussprechen wollte. Die Zukunft Europas ist mir nicht egal. Mit meinen Ideen wollte ich bewirken, dass die Politik auch andere Blickwinkel sieht und was für die Bürger wie mich wichtig ist.



Besonders in Erinnerung ist mir die Diskussion zu Lösungsansätzen geblieben. Ich finde es gut, die Meinungen von den anderen Menschen zu hören, vor allem, wenn sie diese gut argumentieren können. Ich wünsche mir mehr solche Projekte mit Bürgerinnen und Bürgern. Allerdings finde ich die Themenvorschläge vorzugeben nicht sinnvoll. Es wäre besser, wenn die Teilnehmenden die Themenbereiche selbst identifizieren. Danach können sich die Teilnehmer in die Gruppen nach Themengebieten selbst aufteilen, abhängig wo der Teilnehmer selbst möchte. Daraus wird ersichtlich, welches Thema die Bürger am meisten interessiert und wo die Regierung Verbesserungspotential hat.“

- Prozessgrafik des Nationalen Bürgerforums zur Zukunft Europas

